

BASis Info 3/2011

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

SPD

01.04.2011



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

seit dem letzten Wochenende ist klar: Die Kanzlerin hat keine Mehrheit mehr. Schwarz-Gelb hat keine Mehrheit mehr. Nicht einmal mehr in Baden-Württemberg. Die dortige Landtagswahl war von Frau Merkel zur Schicksalswahl erklärt worden. Jetzt hat sie ein eindeutiges Ergebnis: Schwarz-Gelb ist abgewählt.

Kein Zweifel: Auch wir Sozialdemokraten sind hinter unseren Erwartungen zurück geblieben - in Sachsen-Anhalt, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg. Ich halte es unabhängig von der Parteipolitik für sehr wichtig, dass in allen drei Ländern die Wahlbeteiligung kräftig nach oben gegangen ist. In Sachsen-Anhalt bereitet mir dennoch das Ergebnis rechtsextremer Parteien bei den Erstwählern Sorge.

Als SPD müssen wir uns auch fragen, warum so wenige Erstwähler ihr Kreuz bei uns gemacht haben. Vor allem die Wahlen im Südwesten waren Volksabstimmungen gegen die Atomkraft und natürlich verbinden viele

Menschen das Thema Atomkraft eher mit den Grünen. Dabei wird leider leicht vergessen: Die SPD hat bereits 1986 in einem Parteitagebeschluss den Atomausstieg festgelegt und ist niemals davon abgerückt - auch nicht in Zeiten der Großen Koalition, als CDU/CSU immer wieder auf eine Aufweichung des Atomkonsens gedrängt haben.

Natürlich ist erst einmal die Hauptsache: Es gibt für die Hochrisikotechnologie Atomkraft keine Mehrheit mehr in diesem Land. Als SPD dürfen wir die guten Ergebnisse der Grünen aber nicht allein dem alles beherrschenden Thema Atomkraft zu Gute schreiben.

Als Volkspartei steht die SPD für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und ökologische Erneuerung. Das müssen wir jetzt auch bei einem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich machen. Die SPD muss beispielsweise drauf achten, dass Strom- und Heizkosten für alle Menschen bezahlbar bleiben.

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben die

Glaubwürdigkeit der schwarz-gelben Bundesregierung massiv beschädigt: Die promovierte Physikerin Angela Merkel verkündet ein Atomkraft-Moratorium: Sie habe durch die Apokalypse in Japan hinzugelernt. Nur leider wurde ihr Wirtschaftsminister Rainer Brüderle bei der Wahrheit erwischt.

Neuwahlen erteilt Merkel eine klare Absage. Sie weiß, welche Konsequenzen das für CDU/CSU und FDP hätte. Auf den Bundestagsgängen zittern viele Kollegen aus den Regierungsfractionen schon heute um ihr Mandat. Im Plenarsaal konnte man das besonders gut bei der Rede von Peer Steinbrück sehen. In seiner ersten Rede als Bundestagsabgeordneter hat mein Büronachbar beeindruckend aufgezeigt, wie deutsche Finanzpolitik in Zeiten der Eurokrise auszusehen hätte, wenn nur der Wille da wäre, solide Ausgabenpolitik mit europäischer Solidarität zu verbinden.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'BWB' with a stylized flourish at the end.

Bärbel Bas



Stichwort: Krankenhaushygiene

In deutschen Krankenhäusern werden jährlich rund 18 Millionen Menschen behandelt. Etwa 400.000 bis 600.000 Patienten infizieren sich dabei mit multiresistente Erregern und 7.500 bis 15.000 Menschen sterben sogar an den so genannten Krankenhausinfektionen. Die Zahlen wiegen um so schlimmer, weil Krankenhausinfektionen durch Hygienemaßnahmen vermieden werden könnten. Diese Maßnahmen sind zum Teil aber noch nicht verpflichtend, es fehlt an ausgebildetem Personal und häufig fällt die Hygiene der Arbeitsbelastung zum Opfer. Die SPD will diese Zusammenhänge aufbrechen. Aus diesem Grund habe ich einen Antrag für eine bundeseinheitlichen Krankenhaushygieneverordnung initiiert und am 24. März vor dem Bundestag dazu gesprochen. **Mit einem Klick kommen Sie hier zum SPD-Antrag und meiner Plenarrede zum Entwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes.**

Schon vor der Bundestagswahl 2009 habe ich die Duisburger Selbsthilfegruppe der Angehörigen von Infektionsopfern kennengelernt und mich für Ursachen und Folgen unsachgemäßer Verordnungen von Antibiotika sensibilisieren lassen. Unsere Antibiotikagabepaxis in der Human- und Tiermedizin fördert die Entstehung multiresistenter Erreger. Diese werden zu-

nehmend zu einer therapeutischen Herausforderungen. Begrenzte Therapieoptionen erschweren die Behandlung erheblich und verursachen hohe, unnötige Kosten.

Alle bisher unternommenen Maßnahmen haben nicht zu einer Eindämmung der Krankenhausinfektionen geführt. Weder eine Erweiterung der Meldepflicht auf MRSA-Erreger noch eine Strategie für einen besseren Antibiotikaeinsatz haben die Infektionszahlen spürbar begrenzt. Zudem bleibt es weitestgehend den Bundesländern vorbehalten, die konkreten Maßnahmen in den Häusern vorzuschreiben und längst nicht alle Bundesländer haben eigene Krankenhaushygieneverordnungen. Die Krankenhaushygiene hat ein großes Umsetzungsproblem. Der Bundesregierung fehlt aber für wirkliche Verbesserungen der nötige Mut.

Deswegen habe ich für die SPD-Bundestagsfraktion Vorschläge unterbreitet. Wir fordern dringend mehr Hygienefachpersonal in den Krankenhäusern zu beschäftigen. Darüber hinaus müssen wir die bekannten und erfolgreichen Strategien aus den Nachbarländern übernehmen. In den Niederlanden hält man mit so genannten Eingangsscreenings neu aufgenommener Patienten und deren Isolierung bis zum Ergebnis des Tests die Infekti-

onsraten und die multiresistenten Erreger in den Krankenhäusern sehr klein. In Deutschland brauchen wir verpflichtende bundeseinheitlichen Hygienestandards. Erreger kennen keine Landesgrenzen. Wir brauchen Hygieneverordnungen, die den Anforderungen der heutigen Arbeits- und Behandlungsabläufe in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen gerecht werden. Damit sie auch umgesetzt werden, braucht es Sanktionsmöglichkeiten. Und wenn Krankenhäuser mehr Geld wollen, muss auch die Hygienesituation berücksichtigt werden.

Am 24. März fand die erste Lesung zum Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes im Deutschen Bundestag statt. Jetzt berät der Gesundheitsausschuss über den Entwurf und ich werde unsere SPD-Forderungen einbringen. Fest steht: Infektionen bedeuten für die Betroffenen und deren Angehörige zusätzliches Leid, längere und sich wiederholende Krankenhausaufenthalte und in vielen Fällen den Tod. Aus solchen Schreckensmeldungen erwächst ein Misstrauen in die, ansonsten ausgezeichnete medizinische und pflegerische Versorgung stationärer Einrichtungen. Deshalb müssen die Infektionszahlen offen und verständlich veröffentlicht werden. Mehr Transparenz schafft mehr Vertrauen in die Krankenhäuser.



Wanheim: Ärgerliches Desinteresse

Beim Thema Wanheimer Anschlussbahn brauchen wir endlich eine Lösung für die Menschen. Deshalb habe ich in den vergangenen Wochen drei "Schriftliche Fragen an die Bundesregierung" gestellt, um mögliche Erkenntnisse des Bundesverkehrsministerium zu erfragen. Das Desinteresse und die zur Schau gestellte Ahnungslosigkeit der Bundesregierung ist sehr ärgerlich.

Die Bundesregierung streitet einfach ab, dass es Verkehrsbehinderungen durch die Wanheimer Anschlussbahn gibt, hat angeblich keine Erkenntnisse über deren Auslastung und verweist darauf, dass zwei Bahnübergänge "aufwendig mit einer BÜSTRA-Anlage versehen wurden". Das reicht natürlich nicht. Es bleibt dabei: Bahn und Stadt Duisburg müssen das Problem der Verkehrsbehinderungen in Wanheim endlich konsequent anpacken.

Mit einem Klick hier kommen Sie zur Rubrik „Bas fragt nach“ auf www.baerbelbas.de mit allen meinen Fragen und Antworten.



Drei ganz herausragende Menschen

hat die Novitas BKK für ihre Solidarität und Hilfe für andere Menschen mit dem Versichertenpreis 2011 ausgezeichnet. Beindruckende Menschen und tolle Vorbilder für gelebte Solidarität im Gesundheitswesen. Ich habe mich gefreut, dabei gewesen zu sein und diese Menschen kennengelernt zu haben.



Bei der SPD Neudorf und Hochfeld-Nord habe ich Genossinnen und Genossen für ihre Treue zur SPD geehrt. Immer wieder schön, wie mit Stolz die Werte der SPD über so lange Zeit bestehen und weitergetragen werden.

Besuch in der Arbeitsagentur Duisburg

Im März waren Hans Pflug und ich wieder zu Besuch in der Arbeitsagentur Duisburg. Als Bundestagsabgeordnete informieren wir uns regelmäßig auch im Gespräch mit Geschäftsführerin Angela Schoofs über aktuelle Entwicklungen des Duisburger Arbeitsmarktes. Diesmal stand das Thema Bildung zur Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs ganz oben auf unserer Tagesordnung.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++02.04.: Frühjahrsempfang Buchholz im Malteserkrankenhaus+++

+++02.04.: Podiumsdiskussion beim Informationstag zum Thema Organspende im Forum+++

+++03.04.: 125 Jahre Gottfried Könzgen KAB, St. Joseph am Dellplatz+++

+++04.04.: Werksbesichtigung bei HKM mit meinem Essener SPD-Bundestagskollegen Rolf

Hempelman+++

+++04.-08.04. & 11.-15.04.: Sitzungswochen im Deutschen Bundestag+++

+++Weitere Informationen unter www.baerbelbas.de+++



Equal Pay Day



Am 25. März war Equal Pay Day. Für unsere SPD-Bundestagsfraktion ein guter Grund um in einer öffentlichen Aktion am Brandenburger Tor zu fordern: So wie wir die Frauenquote in Führungspositionen wollen, brauchen wir ein Gesetz zur Durchsetzung von gleichem Lohn für Frauen und Männer.

Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger und nach zehn Jahren Selbstverpflichtung ohne wesentlichen Fortschritt ist deutlich: Ohne gesetzlichen Druck geht es nicht. In der SPD-Arbeitsgruppe Gleichstellung haben wir einen Antrag mit Eckpunkte zur Lohngleichheit erarbeitet. Ein Gesetzentwurf soll folgen.

Mit einem Klick kommen Sie hier zum [Video der SPD-Bundestagsfraktion „Frauen haben mehr verdient - schließlich leben wir nicht mehr in der Steinzeit“](#) und hier zum [SPD-Antrag für Lohngleichheit](#).



Cassandra & Frank...

Beim Empfang der Frauen in der SPD-Bundestagsfraktion zum „Internationalen Frauentag“ traf meine damalige Praktikantin Cassandra van Laak den SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steineier. Wie Cassandra das Treffen und den Rest ihres Praktikum erlebt hat, [lesen Sie hier in ihrem Praktikumsbericht](#).

Neues aus meinem Tagebuch

Dank des Bundestagsfernsehen können wir alle Plenarreden auch im Büro mit verfolgen. Alle Reden? Nur wenn die Mitarbeiter der Bildregie auch Spaß dran haben und vergangenen Freitagnachmittag hatte die Regie offenbar keine Lust mehr auf die Rede eines FDP-Kollegen. Der Kollege stand gerade am Rednerpult, da schaltete die Regie von Live-Übertragung auf Archiv-Film. Bis zum nächsten SPD-Redner hatte die Regie Problem und Programm aber wieder im Griff.

Die Tagesordnung des Bundestages ist schwer kalkulierbar. Am 24.März hatte ich ein Treffen der Neulinge in der

SPD-Fraktion organisiert. Treffpunkt: 19 Uhr. Dann wurde meine Rede zur Krankenhaushygiene auf 16.30 gesetzt, auch das hätte locker gereicht. Denkste. Unser Tagesordnungspunkt rutschte immer weiter nach hinten - am Ende sogar so weit nach hinten, dass ich erst um 20.15 Uhr reden konnte und so vorher mit einem Glas Wasser anstoßen musste.

Das Kürzel BDI steht nicht nur für die Wahrheitsfindungskommission von Herrn Brüderle, sondern auch für den Berufsverband Deutscher Internisten - und dieser BDI ist absolut seiner Zeit voraus. [Lesen Sie selbst](#).



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum
V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607
Fax: 030 / 227 76607
baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de